



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Kommunale Antidiskriminierungsbüros schaffen**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 64
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Antidiskriminierung

Leistungsplan:

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Beträge in 1.000 EUR

	von	Veränderung um	auf
Gesamtkosten	1.085,0	+2.700,0	3.785,0
Produktabgeltung	1.085,0	+2.700,0	3.785,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Noch immer sind Menschen Diskriminierung in den verschiedensten Lebensbereichen ausgesetzt. Oft werden sie mit ihren Diskriminierungserfahrungen allein gelassen und sehen keine Möglichkeit, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Hessenweit gibt es nur eine von Land finanzierte Beratungsstelle für von Diskriminierung betroffene, darüber hinaus gibt es lediglich punktuell ehrenamtliche Stellen, die diese Menschen unterstützen. Das ist nicht ausreichend. Daher sollen zusätzlich zu den bereits bestehenden und vom Land finanzierten Strukturen im Bereich Antidiskriminierung in allen hessischen Kommunen lokale Antidiskriminierungsbüros geschaffen werden, die als direkter Ansprechpartner vor Ort die Menschen dabei unterstützen, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Dafür soll das Förderprodukt um die oben genannte Summe aufgestockt werden.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske